

KOREA

STEFAN SAMSE
HYEKYUNG LEE
YU-JIN SONG

November 2016

www.kas.de/korea

„Die Rechnung bitte!“

DIE AMTSZEIT DER SÜDKOREANISCHEN PRÄSIDENTIN PARK VERSINKT IN
KORRUPTION UND POLITISCHEM CHAOS

Alte Grund- und Glaubenssätze gelten in der südkoreanischen Politik plötzlich nicht mehr. Ganze Familien, Schüler, Studenten, Angestellte, ob konservativ, liberal oder politisch links orientiert – sie alle ziehen auf die großen Boulevards der Städte und demonstrieren gegen Präsidentin Park Geun-hye.

Am ersten Samstag im November haben laut Organisatoren rund 200.000 Menschen in der Hauptstadt Seoul friedlich und mit Kerzen in der Hand ein Zeichen gegen ihre Präsidentin gesetzt. Weitere Proteste sind angekündigt. Viele demonstrieren zum ersten Mal in ihrem Leben. Sie fühlen sich hintergangen, getäuscht und enttäuscht. In der Skandalserie rund um Frau Choi Soon-sil, die die Präsidentin in die größte und bedrohlichste Krise ihrer Amtszeit gebracht hat und die an den Grundfesten der Gesellschaft rüttelt, sehen viele den Preis, der jetzt für politische Fehlentwicklungen zu zahlen ist. Die Entwicklung des Falles ist dynamisch, der Ausgang ungewiss. Der Bericht kann deshalb jenseits der skizzierten Ausgangslage nur eine Momentaufnahme sein.

Was sind die wesentlichen Vorwürfe?

Ausgangspunkt des so genannten Choi-Soon-sil-Skandals sind Medienberichte über die von Frau Choi gegründeten Stiftungen „MIR“ und „K-Sports Foundation“, beide mit Sitz in Deutschland. Choi soll von Unternehmen unter Verweis auf ihre engen Beziehungen zur Präsidentin Zahlungen an die beiden Stiftungen in Millionenhöhe verlangt haben. Die großen Namen der koreanischen Wirtschaft (u.a. Samsung, LG, Lotte, SK,

CJ, Hanjin Shipping, Korean Air) sollen den Aufforderungen nachgekommen sein und Zahlungen in einer Höhe von insgesamt rund 80 Milliarden Won (ca. 70 Millionen Dollar) geleistet haben. Die Medien spekulieren über die intendierte Verwendung der Gelder. Mal soll es sich um die Altersabsicherung der Präsidentin handeln, mal um die Finanzierung der Olympiavorbereitung der Choi-Tochter. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen stehen am Anfang.

Frau Choi Soon-sil, die mehrmals ihren Namen geändert haben soll, ist Jahrgang 1956 und seit Jahrzehnten mit der Präsidentin eng befreundet. Sie soll Reden der Staatschefin redigiert haben und ohne jedes Amt oder Mandat vertrauliche Regierungsvorgänge beeinflusst haben. Auf einem ihrer sichergestellten Tablet-Computer wurden, so der Sender Jtbc, ca. 200 Ordner mit Dateien vertraulicher Regierungsgeschäfte gefunden.

Schon vor Wochen lenkten Berichte über die Aufnahme ihrer Tochter an der Ewha Universität das Interesse der Öffentlichkeit auf Frau Choi. In diesem Fall soll sie dafür gesorgt haben, dass sich die Tochter unter Umgehung der strengen Aufnahmeprüfungen an der Seouler Eliteuniversität für das Studium einschreiben konnte. Erst als die Beweislage erdrückend wurde und nach wochenlangen Protesten der Studierenden trat die Präsidentin der Ewha Universität, Frau Choi Kyung Hee, zurück.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOREA

STEFAN SAMSE
HYEKYUNG LEE
YU-JIN SONG

November 2016

www.kas.de/korea

Welche „besondere“ Beziehung besteht zwischen Frau Soon-sil Choi und der Präsidentin?

Seit über 40 Jahren soll Frau Choi Einfluss auf Präsidentin Park Geun-Hye genommen haben. Am Anfang dieser Beziehung stand ein tragisches Attentat, bei dem Parks Mutter Yuk Young-soo 1974 getötet wurde. Der Angriff hatte eigentlich ihrem Vater, Präsident Park Chung-hee, gegolten. Später übernahm Park Geun-hye an Stelle ihrer Mutter für einige Jahre die Rolle der First Lady.

Nach dem Mord an seiner Frau fand Präsident Park bei Frau Choi und deren Vater Trost. Chois Vater, Choi Tae-min, hat in seinem Leben sechs Frauen geheiratet und insgesamt neun Kinder, eine Tochter ist Choi Soon-sil. Er soll in seinem Leben sieben verschiedene Namen benutzt haben und Pfarrer gewesen sein. Von den großen Kirchen war seine Bewegung "Kirche für ein ewiges Leben", die sich auf buddhistische, christliche und Cheondogyo-Elemente berief, nicht anerkannt. In Südkorea galt Choi als Sektenführer.

In den späten 70er Jahren hatte Choi Tae-min einen Brief an Park Geun-hye geschrieben, der als Beginn der sehr engen Beziehung gilt. In diesem Brief schildert Choi, dass ihm Parks verstorbene Mutter im Traum erschienen sei und ihn gebeten habe, sich um ihre hilfsbedürftige Tochter, die heutige Präsidentin, zu kümmern.

Die Beziehung Park Geun-hyes zu der Sekte war bereits in den 90er Jahren bekannt geworden. Park Geun-hye hatte damals weder ein öffentliches Amt noch erkennbar politische Ambitionen. Erst später agierte Choi Soon-sil als persönliche Beraterin für die aufstrebende Politikerin. In der derzeitigen öffentlichen Debatte geht es vor allem um die Reichweite von Chois Einfluss auf die koreanische Politik. Die Staatsanwaltschaft hat eine Sonderkommission eingesetzt, die beständig personell aufgestockt werden musste.

Was treibt die Bürger in so großer Zahl auf die Straße?

Sämtliche Vorgänger im Amt mussten sich spätestens gegen Ende der jeweiligen Präsidentschaft mit Korruptionsvorwürfen auseinandersetzen. Mit Park verband sich die Hoffnung darauf, dass sich das mit der ersten Präsidentin ändern würde – zumal sie, nicht verheiratet, keine enge Familie hat. Das sollte eine Illusion bleiben:

- Durch eine fragwürdige Personalauswahl und mangelnde Kommunikation gleichermaßen mit der Regierungs- und den Oppositionsparteien gerät die künftige Administration noch Ende Dezember 2012, also vor Übernahme der Amtsgeschäfte, in Schwierigkeiten. Bei Amtsantritt einen Monat später standen sieben der von Park vorgeschlagenen Kandidaten für Ministerposten aufgrund von Skandalen und wegen Fehlverhaltens bereits nicht mehr zur Verfügung. Auch ihr erster Vorschlag für das Amt des Premierministers ließ sich nicht halten, da dessen Sohn der Verpflichtung zum Militärdienst nicht nachgekommen war. In der koreanischen Gesellschaft spielt die allgemeine Wehrpflicht eine wichtige Rolle.

- Am 16. April 2014 sinkt die Fähre Sewol. Über 300 Menschen, zumeist Schülerinnen und Schüler, sterben. Rettungsmaßnahmen, Krisenkommunikation und Aufarbeitung verlaufen desaströs. Präsidentin Park hat sich bei der Bevölkerung entschuldigt. Doch noch immer konnte nicht geklärt werden, wo sie am Tag des Unglücks war und warum sie sieben Stunden lang für niemanden erreichbar war.

Auf diese Vorgeschichte folgt der aktuelle Choi-Soon-sil-Komplex, dessen Dimension geeignet ist, das derzeitige politische System Südkoreas ins Wanken zu bringen. Der Ärger und Unmut der Bevölkerung richtet sich gegen Korruption, Vetternwirtschaft und mehr noch vielleicht gegen die Ungerechtigkeiten, die von einigen Eliten ausgeübte Chancengleichheit, beispielsweise beim Zugang zu den Universitäten. Sie, die für ihre schulische und universitäre Ausbildung große Opfer bringen mussten und müssen, fühlen sich persönlich angegriffen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOREA

STEFAN SAMSE
HYEKYUNG LEE
YU-JIN SONG

November 2016

www.kas.de/korea

Die Tatsache, dass es so viele Bürgerinnen und Bürger – und auch das ist neu – generationenübergreifend auf die Straßen und Plätze zieht, spricht für die Stärke der im letzten Vierteljahrhundert im Land gewachsenen Demokratie. Selbst Polizisten, die die Demonstrationen begleiten, oder gar Polizeiführer, bekunden ihre Sympathie oder jedenfalls zumindest Verständnis für die Forderungen der Demonstranten nach Veränderung.

Denkbare Szenarien - wie geht es jetzt weiter?

Die Zustimmungsrate für die Arbeit der Präsidentin liegt im einstelligen Bereich. Bestenfalls noch einige Vertreter der „älteren“ Generation, die Sympathie oder jedenfalls eine gewisse Restloyalität für ihren Vater aufbringen, halten zu ihr. Die Administration der Präsidentin ist gelähmt, arbeitet im Krisenmodus. Die Verantwortlichen in Regierung, Parlament und Parteien eilen von einem Krisentreffen zum nächsten und warten ab.

Die Krise kommt zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Die nach Atom- und Rakentests angespannte Lage auf der koreanischen Halbinsel bedarf der vollen Aufmerksamkeit. Handlungsbedarf gibt es auch in der Wirtschaft. Denn trotz grundsätzlich robuster Konstitution befinden sich einige Branchen, beispielsweise der Schiffbau, in Schieflage. Und förderlich für das Image des Landes ist die weltweite Berichterstattung über die Präsidentenkrise auch nicht gerade.

Am 4. November hat sich die Präsidentin bereits zum zweiten Mal öffentlich entschuldigt. Überzeugen konnte sie nicht. Insbesondere die Passagen ihrer Rede zu den fragwürdigen Stiftungen, die „doch für die Bürger gegründet worden seien“, haben irritiert. Zwischenzeitlich hat die Präsidentin 10 Personen aus ihrem näheren Umfeld im Blauen Haus, dem Präsidentenpalast, entlassen und diese Stellen teilweise neu besetzt. Die Opposition fordert die eingehende Untersuchung des „Choi-Sun-sil-Gates“ und eine weit reichende Umbildung des Kabinetts.

Die Präsidentin scheint trotz der mutmaßlichen Dimension des Skandals entschlossen zu sein, im Amt bleiben zu wollen. Selbst wenn es Park Geun-hye gelingen sollte, sich und ihr Umfeld zu stabilisieren, wird sie für die Restdauer der noch bis Anfang 2018 laufenden Amtszeit exekutive Befugnisse abgeben müssen. Es ist denkbar, dass die Opposition eine so gestärkte und von ihr mit ausgewählte Regierung unterstützt, deren Politiken sie dann maßgeblich mit beeinflussen kann.

Sollten die Proteste anhalten und sollte es zu keiner Einigung mit der Opposition kommen, wäre Rücktritt eine Option. Am lautesten fordert die kleinste Oppositionspartei, die Justice Partei, vorgezogene Neuwahlen. Die müssen nach der koreanischen Verfassung innerhalb von 60 Tagen nach dem Rücktritt der Präsidentin stattfinden. Das will derzeit weder die konservative Saenuri-Partei der Präsidentin noch die Opposition. Denn keines der Lager hat zum derzeitigen Zeitpunkt einen überzeugenden Kandidaten, der ins Rennen geschickt werden könnte.

Insbesondere innerhalb der Präsidentenpartei sind Unruhe und Verunsicherung groß. Schon seit längerem gibt es die Spaltung in zwei Lager. Die derzeitige, erst im August gewählte, Parteiführung steht der Präsidentin nahe und steht unter starkem innerparteilichen Druck. Der weitere Kurs und der Umgang mit der Krise sind umstritten.

Am 4. November sind alle Abgeordneten der Saenuri-Fraktion der Nationalversammlung vor die Presse getreten, haben sich verbeugt und entschuldigt. Bei Umfragen liegt die Saenuri-Partei derzeit bei knapp 18%, der niedrigste Wert seit dem Amtsantritt der Park-Regierung. Selbst die Auflösung der Partei wird mittlerweile diskutiert, mit anschließender Gründung einer neuen Sammlungsbewegung. Nur eines ist sicher: Auch die kommenden Wochen werden ereignisreich.